

31.01.1999

Wam S

Laßt das Volk Schicksalsfragen allein entscheiden

Die Aktionen der Union gegen die doppelte Staatsangehörigkeit können eine Bewegung in Gang bringen - so der junge Zeithistoriker Karlheinz Weigmann -, "die in ihrer Dynamik vor den Anhängern zumindest der Sozialdemokratie nicht halmachen würde, von denen sich schon jetzt mehr als die Hälfte gegen die Änderung des geltenden Rechts ausspricht."

Die Union sagt, es gelte eine historische Fehlentwicklung zu verhindern. Weil Deutschland vor einer beispiellosen Einwanderungswelle stehe und die Bedeutung der deutschen Staatsangehörigkeit radikal verändert werden soll. Und statt notwendiger Integration das Land durch ausländische Parallelgesellschaften gespalten werden wird.

Tatsächlich steht hinter den als edel empfundenen Motiven dieses Verhaltens ein deutsch-moralischer Verzicht auf Selbstbehauptung als moralische Antwort auf den Exzeß an Selbstbehauptung durch das Dritte Reich.

Weil diese Konzeption grausam verfehlt und in ihren Auswirkungen verhängnisvoll ist, hat die Union mit ihrer Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft zu Recht, "das Volk um Hilfe gerufen". Diese Volksinitiative darf

allerdings nicht auf halbem Wege stehenbleiben. In dieser Woche hat Bundesinnenminister Otto Schily versucht, im Deutschlandfunk seine Sache aus der Defensive zu bringen:

"Ich wäre ja bereit, auch noch einmal die These auf die Probe zu stellen, ob in dieser Einzelfrage eine Mehrheit für unsere Einwurfe besteht. Dann muß man das aber in einer regulären Form tun und nicht mit irgendeiner Unterschriftensammlung, die man ja auch so durchführen kann, wie man das für richtig hält - ich habe mich nichts dagegen, daß man das tut -, aber wenn, dann bitreschön, machen wir einen richtigen Volkstscheid. Dann müssen wir die Verfassung ändern und ich werde immer noch auf die Antwort der Oppositionsparteien auf mein Gesprächsangebot zu einer Initiative zur Änderung des Grundgesetzes, die dann einen richtigen Volkstscheid ermöglicht."

In der Entwicklungsphase unserer alten Bundesrepublik war die Ablehnung von Volkstentscheiden, wie sie die Weimarer Verfassung kannte, auf vielfältige Weise begründet. Aber zwischenzeitlich hat sich die Situation radikal geändert.

Die Unterwerfung der Gesamtbevölkerung unter die Bleiweste von Politik und Medien hat den Menschen die Luft zum Atmen genommen. Wir leben günstiger als in einer Art „repräsentativem Absolutismus“. Unserem wichtigsten Nachbarland, dem freien Frankreich, hatte die Verfassung der V. Republik die Referendums-Idee gegeben. Zur Versöhnung von Volk und Staat. Als Kennzeichen des modernen Verfassungsstaates.

Die Frage, vor die Deutschland seit Regierung durch ihren Gesetzesvorschlag millionenfacher doppelter Staatsangehörigkeiten stellt, ist fundamental. Und in der Folge existenziell. Eine gesetzliche Massenumwandlung. Die Union weiß, daß in der Ausländerfrage durch ihre Ministerpolitik die Augenverschließens die heutige Situation erst hervorgerufen hat. Jetzt muß sie handeln. Im Bundestag ist sie in einer Sackgasse. Es wäre „ein Staats-

streich des Parlaments", so der Bonner Verfassungsrechtler Joseph Isensee, wenn mit einfacher Mehrheit eine Änderung des Souveräns beschlossen würde.

Otto Schilys Angebot, sein Gesetz dem Volk zur Billigung vorzulegen, stellt CDU und CSU vor die Entscheidung. Ob sie selbst es mit ihrem „das Volk um Hilfe bitten“ ernst meinen. Oder ob sie die Bürger nach etwas „Medienamtianismus“ in die Zwangsjacke der herrschenden Verhältnisse zurückhaben wollen, weil das auf Dauer die Ruhe nicht nimmt.

Selbstverständlich muß über das Angebot von Minister Schily gesprochen werden, das ja angesichts der Wahlversprechen von SPD und Grünen nur konsequent ist. Für die CSU haben Ministerpräsident Stoiber und die beiden in dieser Sache wichtigsten staatsbayerischen Amtsträger - Innenminister Beckstein und Justizminister Sauter - ihre Gesprächsbereitschaft erklärt.

Und die CDU? Liebes Konrad Adenauer-Haus, zum Mitschreiben: Direkt-demokratische Beteiligungsformen gehören zum Konzept der modernen Demokratie

als Lebensform. Dies bildet keinen Gegensatz zum Parlament, sondern ist ein Zeichen dafür, daß in der Demokratie Freiheitsrechte vor Herrschaftsaktoren gehen.

Die Union, die von Adenauer über Strauß bis Kohl das Land und die Nation wieder aufgebaut hat, muß sich jetzt selbst wieder aufbauen. Wenn sie ihren Mitbürgern das Freiheitsrecht des Referendums verschafft, was anderswo in Europa längst selbstverständlich ist, kann sie ihren status negativus überwinden. Und wieder die deutsche Volksvertretung werden.

Ob die Deutschen über die Umänderung ihres eigenen Volkes entscheiden dürfen oder nicht, liegt nun in ihren Händen. SPD, Grüne und FDP haben ihre Bereitschaft ja schon erklärt (die Sympathie der grünen Amtsgenießer für „plebiszitäre Elemente“ dürfte bald verfliegen, es gilt also auch die Zeit zu nutzen). Und nur mit 2/3-Mehrheit, also nur mit den Parlamentssummen der Union, kommt der Volkstscheid ins Grundgesetz.

Obwohl durch die Bundestagswahl machtlos geworden, erhält die Union durch diesen Vorgang Macht zurück. Eine Schicksalsfrage der Nation zu entscheiden. Und der Entmachtung der schwelgenden Mehrheit ein Ende zu setzen.



MOMENT MAL VON PETER GAUWEILER

schlag millionenfacher doppelter Staatsangehörigkeiten stellt, ist fundamental. Und in der Folge existenziell. Eine gesetzliche Massenumwandlung. Die Union weiß, daß in der Ausländerfrage durch ihre Ministerpolitik die Augenverschließens die heutige Situation erst hervorgerufen hat. Jetzt muß sie handeln. Im Bundestag ist sie in einer Sackgasse. Es wäre „ein Staats-